

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Öffentlichen Personenverkehr in Mecklenburg-Vorpommern neu denken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest,

1. dass Angebote des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personenverkehrs unzureichend sind und keine vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr bieten. Menschen ohne Auto sind damit immobil und von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abgeschnitten.
2. dass ein weiteres Ausdünnen und Verschlechtern von Angeboten des öffentlichen Personenverkehrs für noch deutlich mehr Menschen als bisher zu einer gravierenden Verschlechterung der Lebensqualität führen würde. Dem Ziel einer bedarfsgerechten Versorgung in allen Teilen des Landes, auch in den dünn besiedelten Räumen, würde dieses Vorgehen entgegenstehen.
3. dass der öffentliche Personenverkehr unterfinanziert ist und die zur Verfügung stehenden Mittel effizient eingesetzt sowie auf die Verbesserung des Angebots gerichtet sein müssen. Die Sicherung des Versorgungsauftrages muss Vorrang vor Wirtschaftlichkeit haben.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein Bahn und Bus umfassendes, vom Aufgabenträger unabhängiges Liniennetz vorzugeben, das für das Land und überregional bedeutsame Linien bestimmt und insbesondere darauf abzielt,
 - a) die Koordinierung öffentlicher Nah- und Regionalverkehrsangebote mit den Nachbarländern und den Metropolregionen Hamburg und Stettin zu erleichtern und länderübergreifende Angebote zu erreichen,
 - b) diese Hauptlinien in die regionalen und kreislichen Nahverkehrspläne einzubinden und so Zuständigkeits- und Verwaltungsgrenzen zu überwinden, Bahn und Bus besser zu vernetzen und Parallelverkehre zu unterbinden,
 - c) intelligente Verknüpfungen zwischen unterschiedlichen Verkehrsmitteln sowie zwischen Haupt-, untergeordneten Linien und flächenabdeckender Bedienformen zu erreichen und das Umsteigen zu erleichtern.
2. Kräfte und Finanzmittel ressortübergreifend zu bündeln mit dem Ziel, die Mittel effektiv einzusetzen und Synergieeffekte zu erreichen, indem unter anderem
 - a) die unterschiedlichen Finanzierungsregelungen zusammengefasst und vereinfacht werden sowie der Verwaltungsaufwand reduziert wird,
 - b) statt einer Unternehmensförderung eine ausschließliche Förderung der Aufgabenträger des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), d. h. der Landkreise und kreisfreien Städte, erfolgt,
 - c) die für Verkehr und Gesundheit zuständigen Fachressorts prüfen, Verkehrsleistungen, wie etwa Patientenbeförderung im Rahmen der Gesundheitsversorgung und ÖPNV miteinander zu verknüpfen.
3. eine Attraktivitätsoffensive zu starten, indem insbesondere gemeinsam mit den Auftraggebern
 - a) eine einfach zugängliche und alle Verkehrsmittel und -angebote abdeckende Fahrauskunft mit Buchungsmöglichkeit eingerichtet wird, die zunächst auf eine Region beschränkt werden kann und perspektivisch auf das gesamte Landesgebiet ausgedehnt werden soll sowie
 - b) flächendeckend zunächst regional einheitliche verkehrsträger- und verkehrsmittel-unabhängige Tarife/Tickets und mittelfristig landeseinheitliche Tarife/Tickets eingeführt werden.
4. die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und Genehmigungssicherheit zu schaffen, indem
 - a) eine Bundesratsinitiative gestartet wird mit dem Ziel, das Personenbeförderungsgesetz klarer zu fassen in Bezug auf alternative Bedienformen,
 - b) das Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern (ÖPNVG M-V) als notwendige gesetzliche Grundlage für einige der vorgeschlagenen Maßnahmen novelliert wird sowie
 - c) vorliegende Erfahrungen anderer Länder, beispielsweise zur Einbindung von Bürgerbussen, privaten Fahrzeugen, Kombibussen und Fahrleistungen sonstiger Dienste in den ÖPNV genutzt und in einem Leitfaden bzw. einer Verwaltungsvorschrift gebündelt werden.

5. die Änderung der Organisationsstrukturen dahingehend zu prüfen,
 - a) weitere Verkehrsverbünde als Organisationen der kommunalen Aufgabenträger zu schaffen oder
 - b) Nahverkehrsregionen festzulegen, die den vier Regionalen Planungsregionen entsprechen.
6. die Anschaffung eines landeseigenen Fahrzeugpools für den SPNV zu prüfen.
7. dem Landtag bis Ende dieses Jahres über die Ergebnisse der Prüfung zu berichten und darzulegen, wie die Umsetzung der Forderungen erfolgen wird.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Die Situation im Verkehrsbereich wird derzeit von vielen Seiten beleuchtet. Der integrierte Landesverkehrsplan lässt weiter auf sich warten. Dabei sind die Landkreise und die Planungsregionen dringend auf Unterstützung bei der Aufstellung ihrer Nahverkehrspläne angewiesen. Die Deutsche Bahn will im März ihr neues Konzept vorlegen. Es ist zu befürchten, dass Mecklenburg-Vorpommern weiter vom Bahnfernverkehr abgehängt wird und Fernbusse den Bahnbetrieb weiter schwächen.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist mit dem derzeit bestehenden System des schienen- und straßengebundenen Personennahverkehrs der Versorgungsauftrag nicht erfüllbar. Ein Weiter so kann es nicht geben. Notwendig ist eine völlig andere Herangehensweise. Der vorliegende Antrag soll Grundlage für eine sachliche Befassung mit der Zukunft des öffentlichen Verkehrs sein. Ziel sollte es sein, neue Erkenntnisse in den integrierten Landesverkehrsplan einfließen zu lassen.